

Frau
Präsidentin des Nationalrates
Elisabeth KÖSTINGER
Parlament
1017 Wien

12. Dezember 2017

GZ. BMEIA-EU.90.13.03/0001-VII.4/2017

Die Abgeordneten zum Nationalrat Petra Bayr, MA MLS, Kolleginnen und Kollegen haben am 12. Oktober 2017 unter der Zl. 14133/J-NR/2017 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „die österreichischen Aktivitäten als Mitglied der Donors Working Group on Female Genital Mutilation/Cutting (FGM/C)“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

Die Austrian Development Agency (ADA) hat bisher entsprechende Programme und Projekte in Nicaragua, Äthiopien, Tansania, Uganda, Mosambik und Burkina Faso unterstützt. Nähere Informationen zu den Projekten der ADA, deren Laufzeiten, Fördersummen und Methoden, finden sich auf: <http://www.entwicklung.at/themen/projekte/>

Zielgruppen dieser Aktivitäten waren neben den betroffenen Frauen in erster Linie Gesundheitsbeauftragte, traditionelle Geburtshelferinnen und -helfer, Dorfälteste bzw. Dorfverantwortliche sowie Lehrerinnen und Lehrer.

Kooperationen der ADA erfolgen mit österreichischen zivilgesellschaftlichen Partnern auf Antragsbasis unter Anwendung des Right-of-Initiative-Prinzips. Dabei wird besonders auf Aktivitäten wie Bewusstseinsbildung in Gemeinden, insbesondere Schulen, aber auch im Rahmen von Gesundheits- und Hygieneerziehung, Überzeugungsarbeit von traditionellen und religiösen Führerpersönlichkeiten vor Ort sowie Empowerment von Frauen gesetzt.

./2

-2-

Auskunft über den Erfolg geben regelmäßig stattfindende Haushaltsbefragungen, Statistiken zu Säuglings- und Müttersterblichkeit sowie Feedback von Sozialarbeiterinnen und -arbeitern, Supervisorinnen und Supervisoren sowie Gesundheitsbeauftragten in den Projektberichten der Partner. Evaluierungen werden von den Vertragspartnern durchgeführt bzw. in Auftrag gegeben. Kofinanzierungen von Nichtregierungsorganisationen (NRO) erzielten die geplanten Resultate.

Auf multilateraler Ebene wurde vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres (BMEIA) ein gemeinsames UNICEF/UNFPA Programm zur Beschleunigung des Verzichtes auf weibliche Genitalverstümmelung von 2012 bis 2014 mit EUR 120.000,- unterstützt.

Zu Frage 3:

Österreich ist durch das BMEIA in der Donors Working Group on Female Genital Mutilation/Cutting (DWG) vertreten, das im Rahmen seiner Möglichkeiten an deren Sitzungen teilnimmt.

Sebastian Kurz

